

**EU-Wahlprogramm
in einfacher Sprache**

10 Gründe,
Die Linke zu
wählen



nurmitlinks.de

Die Linke

Gerechtigkeit in Europa geht nur mit uns – #nurmitlinks

Am 9. Juni ist Europawahl. Die Linke ist bei der Wahl dabei, um die Europäische Union für alle Menschen gerecht zu machen. Und Die Linke will das Geld in Europa gerecht verteilen. Wir machen uns für gerechten Klimaschutz und Frieden stark.

Die Regierung und die rechten Parteien wollen mehr Waffen und stärkere Armeen. Sie wollen die Grenzen um Europa noch stärker bewachen. Die Sorgen von den Menschen kommen bei ihnen aber nur wenig vor: Viele Sachen im Alltag funktionieren nicht mehr. Das Geld für die Energie-Wende wird von denen bezahlt, die schon genug Sorgen haben.

Unser Plan für Europa sieht anders aus. Wir setzen uns ein:

- für mehr Gemeinwohl, mehr Gerechtigkeit, mehr Gleichheit.
- dafür, dass große Firmen keine Krankenhäuser und Pflegeheime mehr benutzen, um an der Börse viel Geld zu verdienen.
- dafür, dass der Nahverkehr funktioniert und für die Fahrgäste kostenlos ist. Wir wollen eine Bahn, mit der die Menschen durch ganz Europa fahren können.
- und dafür, dass mit dem vielen Geld in Europa etwas Gutes für alle Menschen getan wird.

Das können wir schaffen, wenn wir zusammen stark sind: Stärker als rechte Parteien, die behaupten, dass ärmere und geflüchtete Menschen an den Problemen in Europa schuld sind. Wir wollen stärker sein als die großen Firmen, die noch mehr Geld verdienen wollen und sich für mehr Waffen stark machen. Dafür bitten wir um Ihre Wahlstimme.

2. Löhne zum Leben, nicht nur zum Überleben

Die Gewinne von großen Firmen werden immer größer, die Löhne für die Menschen aber nicht. Miete, Essen, Benzin, Strom und Heizung kosten immer mehr. Für viele reicht das Geld nicht mehr bis zum Ende vom Monat. Mehr als 100 Millionen Menschen in Europa arbeiten zu Niedrig-Löhnen. In Deutschland sind das ein Sechstel von den Menschen, die in Vollzeit arbeiten – In Ostdeutschland sind es sogar noch mehr Menschen, die zu wenig Lohn bekommen.

Die Löhne sind in anderen EU-Ländern niedriger als in Deutschland. Große Firmen nutzen das aus, um Gewinn zu machen: Sie stellen dort zum Beispiel günstig Waren her, um sie dann teuer in Deutschland zu verkaufen.

Die EU fordert, dass die Löhne hoch genug sind. Möglichst viele Arbeitnehmer sollen einen Tarifvertrag haben, damit sie vor niedrigen Löhnen geschützt sind. Das sind in Deutschland aber nicht mal die Hälfte von allen Arbeitnehmern. Aber die deutsche Regierung tut nichts. Der gesetzliche Mindestlohn müsste in Deutschland über 14,14 Euro liegen. Die Linke fordert: Es sollen 15 Euro sein!

Viele Arbeitnehmer müssen immer mehr und schneller arbeiten. Sie machen immer mehr Überstunden, für die sie nicht bezahlt werden. Die Linke kämpft dafür, dass die Arbeit zum Leben von den Menschen passt: Zum Beispiel eine 4-Tage-Woche oder

etwa 30 Arbeits-Stunden in der Woche. Dazu sollen Arbeitnehmer den vollen Lohn bekommen. Und die Firmen und Betriebe sollen mehr Arbeitnehmer einstellen.

4. Armut abschaffen

Mehr als 120 Millionen Menschen in Europa sind von Armut bedroht – Dazu gehören auch sehr viele Kinder. Armut sieht nicht überall gleich aus:

- Rentner sammeln Pfandflaschen.
- Familien können sich keinen Urlaub leisten.
- Kinder sitzen ohne Frühstück in der Schule.
- Andere leben auf der Straße.
- Viele arme Menschen arbeiten für niedrige Löhne in reicheren Ländern: Sie helfen zum Beispiel bei der Ernte auf den Feldern oder arbeiten in der 24-Stunden-Pflege.

Armut bedeutet immer, dass die Regierung schlecht gearbeitet hat. Die EU muss dafür sorgen, dass es in allen Ländern einen guten Schutz vor Armut gibt. Zum Beispiel: gesetzliche Mindestlöhne und Sozial-Leistungen wie zum Beispiel das Bürgergeld. Für Deutschland fordern wir: keine Rente und keine Sozial-Leistungen unter 1200 Euro!

Menschen brauchen soziale Sicherheit, damit sie ein gutes Leben haben können. Zur sozialen Sicherheit gehören zum Beispiel genug Geld und eine gute Kranken-Versicherung. Wenn große Firmen und reiche Menschen mehr von ihrem Reichtum abgeben, dann ist genug Geld dafür da. Wir setzen uns ein:

- für gute Sozial-Leistungen ein und dafür, dass Menschen gar nicht erst Sozial-Leistungen brauchen.
- dafür, dass die Löhne und Renten für ein gutes Leben reichen.
- für öffentliche Dienstleistungen, die nichts kosten – zum Beispiel Nahverkehr, Schulen oder Gesundheits-Versorgung.
- und dafür, dass Wohnen, Strom und Gas nicht zu teuer sind.

5. Die Gesundheits-Versorgung soll für alle gut funktionieren

Auch in der Gesundheits-Versorgung gibt es viele Probleme: Menschen warten lange auf den Arzttermin, auf die Krebs-Operation, in der Notaufnahme. Pflegekräfte sind von zu viel Arbeit erschöpft und verlassen den Beruf. Das ist Alltag in Deutschland.

Arme Menschen leiden häufiger an chronischen Krankheiten wie Diabetes, Asthma und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Und sie sterben früher. Das ist in Europa und in Deutschland so.

Die Linke kämpft für eine bessere Gesundheits-Versorgung für alle Menschen, egal wie viel Geld sie verdienen. Andere Länder in Europa geben mehr Geld für die Gesundheits-Versorgung aus. Dort gibt es mehr Pflegekräfte, die weniger Patienten versorgen müssen. Außerdem werden die Pflegekräfte besser bezahlt. Das ist für alle gut – Für Pflegekräfte und Patienten.

Die Linke will die Regeln für Pflege und Gesundheit ändern: Das Gemeinwohl und der Bedarf sollen dabei am wichtigsten sein – also das, was die Menschen brauchen.

Das heißt: Für Pflege und Gesundheit dürfen nicht die Regeln vom Wettbewerb in der EU gelten. Es darf also nicht darum gehen, wie Krankenhäuser und Pflegeheime mehr Geld verdienen. Reiche Menschen sollen an der Börse keine Gewinne mit der Gesundheits-Versorgung machen dürfen. Sondern das Geld soll wieder für Gesundheit und Pflege ausgegeben werden. Die EU soll Geld an Gemeinden und Städte geben und ihnen dabei helfen, Krankenhäuser wieder von Firmen zurück zu kaufen.

6. Öffentliche Dienstleistungen verbessern

Viele öffentliche Dienstleistungen funktionieren nicht gut, also zum Beispiel die Schulen, die Kitas, Sozialwohnungen, der Nahverkehr, die Stadtbücherei und das Jugendzentrum. Es gibt viele Probleme:

- Die Schulklassen sind zu groß, dort sitzen zu viele Kinder zusammen. Ist die Lehrerin krank, dann fällt der Unterricht aus.
- Ein Platz in der Kita ist schwer zu bekommen. Die Erzieherinnen können nicht noch mehr arbeiten.
- Die alte Sozial-Wohnung ist schon lange zu klein für die Familie – aber es gibt keine bezahlbaren Wohnungen, die groß genug sind.
- Ein Nahverkehr und eine Bahn, die funktionieren? Sogar eine Stadtbücherei und ein Jugendzentrum? An vielen Orten klingt das nach einer Traumwelt.

Gute öffentliche Dienstleistungen lassen die Menschen und die Gesellschaft zusammenhalten. Aber diesen Zusammenhalt gibt es oft nicht. Denn wer es sich leisten kann, schickt die Kinder auf Privatschulen und kauft sich eine eigene Wohnung.

Die EU will immer mehr öffentliche Dienstleistungen privatisieren, also an Firmen abgeben. Die Firmen arbeiten aber immer nach der Regel „Profit-Orientierung“. Das bedeutet: Je mehr Geld die mit einer Sache verdienen können, desto besser. Das Ergebnis sehen wir überall in der EU und in unserem Alltag: Alles wird teurer. In den Verträgen von der EU steht, dass es möglichst viel Privatisierung und Profit-Orientierung geben soll. Die Linke will das aus den Verträgen herausnehmen.

Wir wollen:

- gute öffentliche Dienste mit genug Mitarbeitern.
- genug Wohnraum, der nicht zu viel kostet.
- Bildung und Erziehung, ohne dass die Menschen dafür bezahlen müssen.
- und eine öffentliche Gesundheits-Versorgung und Pflege, die für alle Menschen gut ist.

7. Reichtum, der für alle Menschen gut ist

Eine kleine Gruppe von sehr reichen Menschen hat fast die Hälfte von allem Geld, das es in Europa gibt. Wegen Corona, Krieg und zum Beispiel wegen der Energie-Krise haben viele Menschen immer weniger Geld, aber dafür mehr Sorgen. Die reichsten Menschen haben dagegen noch mehr Geld verdient. Warum?

- Weil reiche Menschen in vielen Ländern immer weniger Steuern bezahlen müssen, zum Beispiel auch in Deutschland.
- Weil reiche Menschen und ihre Firmen die Mieten, die Strompreise und die Lebensmittel-Preise immer teurer gemacht haben.
- Und weil die Regierung sehr viel Geld für mehr Waffen an die Rüstungsfirmen bezahlt. Auch diese Rüstungsfirmen gehören reichen Menschen.

Dadurch werden die Leute reich, die mit diesen Sachen Geld verdienen. Das sind die Chefs und die Aktionäre von großen Firmen. Aktionäre sind die Menschen, denen kleine Teile von Firmen gehören. Mit diesen Teilen handeln sie an der Börse. Wenn es in Deutschland wieder eine Vermögens-Steuer geben würde, dann müssten reiche Menschen für ihr Geld wieder Steuern bezahlen. Dann hätte Deutschland mehr Geld für viele wichtige Dinge, zum Beispiel:

- mehr Lehrer und deshalb kleinere Schulklassen,
- mehr Kitaplätze
- und einen Nahverkehr, der nicht mehr so viel kostet.

Der Unterschied zwischen armen und reichen Menschen wird immer größer. Auch manche Länder in der EU werden immer reicher, während die anderen Länder immer ärmer werden. Das ist schlecht für die Menschen, schlecht für den Zusammenhalt der EU-Länder und schlecht für die Demokratie.

Wir wollen, dass Firmen und reiche Menschen mehr Steuern für bestimmte Sachen bezahlen müssen. Zum Beispiel:

- mehr Steuern für die Gewinne von großen Firmen.
- mehr Steuern für das Vermögen von reichen Menschen – also für das Geld, was diese Menschen schon haben.
- und mehr Steuern für das Geld, das reiche Menschen von ihren Familien erben.

Das soll überall in der EU so sein.

Wir fordern:

Menschen sollen eine Vermögens-Steuer bezahlen, wenn sie mehr als 1 Million Euro haben – nachdem ihre Schulden davon abgezogen wurden. Und wenn Menschen mehr als 1 Milliarde Euro haben, dann sollen sie dafür 12 Prozent Vermögens-Steuer bezahlen. Denn kein Mensch braucht mehr als 999 Millionen Euro.

9. Verhindern, dass große Firmen noch mehr Gewinne machen

Große Firmen wie zum Beispiel Shell, Lidl und Aldi haben in der Zeit von Krieg und Energie-Krise ihre Preise hochgesetzt. Lebensmittel, Strom und Gas sind viel teurer geworden. Die Regierung hat dann viel Geld an die Firmen bezahlt, damit sie ihre Preise niedriger ansetzen. Dieses Geld kam aus Steuern, es wurde also von allen Menschen bezahlt. Aber Strom und Gas sind trotzdem nicht billiger geworden, viele Menschen saßen in der Kälte.

Inflation ist keine Naturgewalt. Das bedeutet: Menschen können etwas dagegen tun, dass alles teurer wird.

Wenn die Preise steigen, dann bedeutet das immer: Wir müssen mehr bezahlen und die großen Firmen machen mehr Gewinn.

Die Firmen nutzen Kriege und Energie-Krisen aus, um noch mehr Geld zu verdienen. Die Linke will das verhindern. Mit einer Übergewinn-Steuer können wir das schaffen. Das heißt: Wenn große Firmen sehr viel Gewinn machen, dann müssen sie dafür auch sehr viele Steuern bezahlen. So nützt es den Firmen nichts, wenn sie die Preise immer höher setzen. Wir fordern eine Übergewinn-Steuer in allen EU-Ländern. Strompreise und Gaspreise sollen nicht von den Firmen bestimmt werden. Wir wollen sozial gestaffelte Preise. Das heißt: Wer viel Geld hat, bezahlt auch mehr für Strom und Gas.

Kleine Firmen bezahlen viele Steuern für ihre Arbeit, zum Beispiel die Bäckerei von nebenan. Und große Firmen aus aller Welt bezahlen in der EU viel weniger Steuern. Außerdem verstecken sie ihr Geld in Ländern, wo sie noch weniger Steuern dafür bezahlen müssen. Das wollen wir verhindern, denn in der EU fehlen dadurch in jedem Jahr 835 Milliarden Euro.

Manche Firmen bezahlen gar keine Steuern. Wir wollen feste Regeln für ganz Europa, damit alle großen Firmen eine Mindest-Steuer bezahlen müssen.

3. Schutz finden

Geflüchtete Menschen bedrohen unseren Wohlstand nicht. Das heißt: Sie nehmen keinem Menschen in Europa das Geld weg! Sondern sehr reiche Menschen sind das Problem: Sie bringen ihr Geld in Länder, wo sie keine Steuern dafür bezahlen müssen. Das bedeutet: Deutschland hat dann weniger Geld, um geflüchteten Menschen zu helfen.

Viele geflüchtete Menschen sterben an den EU-Grenzen, weil die Länder ihnen nicht helfen. Wir wollen niemanden mehr im Meer ertrinken lassen. Es ist unsere Pflicht, Menschen aus Seenot zu retten – Das steht so im internationalen Seerecht. Wir wollen die Seenot-Rettung anders organisieren als bisher: Sie soll öffentlich sein, also von Ländern organisiert und nicht von Sicherheits-Firmen. Außerdem soll die Seenot-Rettung zuverlässig sein und sich an das Seerecht halten.

An den EU-Grenzen gibt es so viel Chaos, weil die Politik schlecht gearbeitet hat. Es muss gute Regeln dafür geben, wo die geflüchteten Menschen in Zukunft leben sollen. Diese Regeln müssen zu den Gesetzen von allen Ländern und zu den Menschenrechten passen. Die Länder müssen die Hilfe für die geflüchteten Menschen gemeinsam organisieren – Und die Kosten dafür müssen in der EU gerecht verteilt werden. Das heißt: Alle Länder müssen gemeinsam dafür bezahlen und einzelne Länder dürfen nicht zu wenig oder zu viel bezahlen. Wenn Gemeinden und Städte geflüchtete Menschen aufnehmen, dann müssen sie zusätzliches Geld dafür bekommen.

10. Geld für mehr Frieden, nicht für mehr Krieg

Wladimir Putin hat die Ukraine angegriffen und damit einen Krieg angefangen. Das ist ein Verbrechen und hat viele Menschen sehr schockiert. Die EU bestimmt jetzt, dass die EU-Länder mehr Geld für Waffen und Soldaten ausgeben müssen. Die Bundesregierung von Deutschland hat schnell 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr bereitgestellt. Das Ergebnis: Die Rüstungsfirmen machen sehr hohe Gewinne. Aber für viele andere Dinge ist jetzt kein Geld mehr da. Deshalb gibt es viele Probleme:

- Viele Menschen bekommen zu wenig Rente.
- Es gibt zu wenige Wohnungen.
- Es gibt zu wenige Pflegekräfte.
- Und es gibt immer mehr Kinder-Armut. Für Waffen wird mehr Geld versprochen, aber für die Kinder-Grundsicherung bleibt nichts übrig.

Jetzt wird darüber gesprochen, Atomwaffen zu benutzen und Soldaten loszuschicken. Die Kämpfe werden immer heftiger, das Sterben geht weiter. Wenn so weitergemacht wird, dann gibt es bald vielleicht einen Weltkrieg.

Die Linke will, dass Krieg in der Politik abgelehnt wird. Wir brauchen nicht noch mehr Waffenlieferungen, sondern Verhandlungen für Waffenstillstand und Frieden. Wir wollen Atomwaffen verbieten.

Rüstungsfirmen behaupten, wir müssten uns entscheiden: „Kanonen oder Butter“. Das soll heißen: Wir müssen uns entscheiden, wofür wir Geld ausgeben – für mehr Waffen oder dafür, die Menschen zu versorgen. Wir sagen dazu: „Butter für alle!“
Stoppt das Geld für Waffen und Kriege!

Das Klima schützen, nicht das Geld von großen Firmen

Die Klima-Katastrophe bedroht das Überleben von unseren Kindern auf der Erde. Aber es sind die reichen Menschen, die besonders viel CO₂ ausstoßen: 100 große Firmen verursachen den allergrößten Teil vom CO₂-Ausstoß.

Die Bundesregierung schafft es nicht, sich gegen diese großen Firmen durchzusetzen. Sie gibt Fördergelder an die Firmen, damit sie ihre Produktion klimafreundlich umstellen. Das heißt: Sie sollen ihre Betriebe so verändern, dass sie nicht mehr so viel CO₂ ausstoßen. Dafür bekommen die Firmen Fördergeld vom Staat. Die Firmen verdienen weiterhin viel Geld und behalten die Gewinne für sich selbst. Gewinn bedeutet: Das Geld, das für die Firmen am Ende übrig bleibt – nachdem Steuern und so weiter bezahlt wurden.

Wenn alle für den CO₂-Ausstoß Geld bezahlen müssen, dann trifft das die Menschen mit wenig Geld besonders hart – aber für sehr reiche Menschen ist das Geld für den CO₂-Ausstoß nicht viel. Sie können es ohne Probleme bezahlen und weiter viel CO₂ ausstoßen.

Die Linke fordert klare Regeln für die Firmen und gute andere Möglichkeiten für die Menschen, zum Beispiel: Gute öffentliche Verkehrsmittel und Heizungen, die nicht viel Geld kosten und nicht schlecht für das Klima sind. Wir wollen eine Energie-Wende mit Anbietern, die nicht zu allererst das Ziel haben, möglichst viel Geld zu

verdienen. Sondern sie sollen so arbeiten, dass es für alle Menschen gut ist. Dazu soll die Europäische Union den Gemeinden Geld geben, damit sie Strom und Heizung für die Menschen zu sozialen Preisen weitergeben können.

Wir setzen uns auch für sozial gestaffelte Energie-Preise ein. Das bedeutet: Reiche Menschen sollen mehr Geld für Strom und Heizung bezahlen als ärmere Menschen.

Wir wollen in der Wirtschaft viel verändern: Firmen und Betriebe sollen sich so verändern, dass sie weniger CO₂ ausstoßen. Dadurch soll es neue Arbeitsplätze geben: Sichere Arbeitsplätze mit guten Löhnen.

Außerdem sollen viele Menschen in Deutschland ein sogenanntes soziales Klimageld bekommen. So können sie besser die CO₂-Preise bezahlen.

Kostenloser Nahverkehr statt Privat-Flugzeuge

Klimaschutz soll sozial gerecht sein, also für alle Menschen gleich viel kosten. Das heißt, dass wir die reichsten Menschen stoppen müssen: Sie müssen aufhören, mit Privat-Flugzeugen zu fliegen. Sie müssen aufhören, mit ihren riesigen Schiffen zu fahren – den sogenannten Mega-Yachten. Wir wollen Privat-Flugzeuge und Mega-Yachten in der EU verbieten!

Flugzeug-Firmen müssen in der EU zurzeit keine Steuern für Kerosin bezahlen, also für Flugzeug-Treibstoff. Das wollen wir ändern.

Ein Nahverkehr für alle, der gut ausgebaut ist und nichts kostet: Das ist gut für alle Menschen, für die Städte und für das Klima. Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr überall in der EU ausbauen und kostenlos machen.

Es müssen mehrere Milliarden Euro ausgegeben werden, um den Nahverkehr zu verbessern. Zum Beispiel:

- für mehr Buslinien und Bahnlinien.
- Busse und Bahnen, die öfter an jedem Tag fahren.
- bessere Bus-Verbindungen und Bahn-Verbindungen auf dem Land.
- mehr Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung und ältere Menschen.
- und bessere Arbeits-Bedingungen für die Beschäftigten in den Verkehrs-Betrieben.

Dann wäre der Nahverkehr wirklich eine bessere Möglichkeit als das Auto. Alle Menschen könnten gut überall hinkommen. Wenn unsere Bahn gut funktionieren würde, dann könnten Menschen in ganz Europa besser reisen. Und wir könnten die Bahnstrecken ausbauen, auf denen viele Menschen jeden Tag zur Arbeit fahren.

Die Linke will die Bahn zum wichtigsten Verkehrsmittel in Europa machen. Es soll mehr Bahnstrecken zwischen allen verschiedenen Orten, moderne Bahn-Waggons und bequeme Nachtzüge geben. Das alles für einen Preis, den alle Menschen bezahlen können. Dann werden auch mehr Menschen die Bahn nutzen, anstatt mit dem Flugzeug zu fliegen.

Die Linke ist bei der Wahl dabei, um die Europäische Union für alle Menschen gerecht zu machen.

Für mehr Gemeinwohl, mehr Gerechtigkeit, mehr Gleichheit.

Dafür bitten wir um Ihre Wahl-Stimme am 9. Juni.

Wir bleiben in Kontakt

Instagram: @dielinke

TikTok: @die.linke

X: @dieLinke

YouTube: @dielinke

Facebook: linkspartei

Bürger*innentelefon:

030 24 00 99 99

kontakt@die-linke.de

www.die-linke.de

Partei Die Linke

Kleine Alexanderstraße 28

10178 Berlin

V.i.S.d.P. Katina Schubert / Ates Gürpınar